

# „BLICK AUF DEN RAT“ am 22.05.2025

## Inhaltsübersicht

**CDU-Fraktion begrüßt Fortschritt für neue Sporthalle an der Übelgönne..... 2**

**Sportwelt Dortmund gGmbH: Schließung Dortmunder Schwimmbäder ist inakzeptabel ..... 2**

**CDU-Fraktion unterstützt stadtweites Carsharing-Konzept ..... 3**

**Ratsmehrheit beschließt Tempo 30 auf weiteren wichtigen Dortmunder Hauptstraßen - CDU-Antrag für Tempo 40 wird abgelehnt ..... 4**

**CDU lehnt Theaterneubau ab: „Nicht die Zeit für solch teure Prestigeprojekte“ ..... 5**

**CDU fordert Videobeobachtung am Bahnhof Hörde zur Erhöhung der Sicherheit ..... 6**

**CDU fordert erste Bilanz zur Cannabis-Legalisierung in Dortmund ..... 7**

**Neubau des Giraffenbullenstalls im Dortmunder Zoo: Rot-Grün gegen den von uns geforderten Kostendeckel..... 8**

**Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr ..... 9**

**Städtepartnerschaft Dortmund und Schytomyr (Ukraine) ..... 9**

**Zielbilder Stadtstrategie..... 10**

**CDU-Fraktion stimmt zu: Neues Corporate-Design stärkt Dortmunds Stadtmarke ..... 10**

**CDU-Fraktion begrüßt Einstellung von Nachwuchskräften bei der Stadtverwaltung..... 11**

## **CDU-Fraktion begrüßt Fortschritt für neue Sporthalle an der Übelgönne**

In seiner Sitzung am 22. Mai 2025 hat der Rat der Stadt mit den Stimmen der CDU-Fraktion die nächste [Phase der Bauleitplanung für das Vorhaben „InW 236 – Übelgönne“](#) beschlossen. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund begrüßt diesen Fortschritt bei der Planung für den Bau einer Vierfachsporthalle an der Übelgönne.

Die neue Sporthalle soll auf dem derzeitigen Parkplatz südlich der Übelgönne entstehen, unmittelbar angrenzend an das Freizeitzentrum West. Sie wird zukünftig sowohl den Schülerinnen und Schülern der umliegenden Berufskollegs für den Schulsport zur Verfügung stehen als auch als Austragungsort für nationale und internationale Wettkämpfe im Hallenballsport genutzt werden können, beispielsweise Handball, Volleyball und Basketball. Die geplante Tribüne bietet Platz für rund 3.250 Zuschauerinnen und Zuschauer.

Die CDU-Fraktion sieht in dem Projekt auch einen Impuls für die städtebauliche Aufwertung des Quartiers rund um das Dortmunder U. Die neue Halle wird das bestehende Angebot sinnvoll ergänzen und die Attraktivität des Standorts weiter steigern. Auch ökologische Aspekte finden in der Planung Berücksichtigung: Begrünte Dächer und Fassaden sowie Retentionsflächen zur Regenwasserbewirtschaftung sind ebenso vorgesehen wie eine barrierefreie Gestaltung des gesamten Bauvorhabens.

## **Sportwelt Dortmund gGmbH: Schließung Dortmunder Schwimmbäder ist inakzeptabel**

Die Sportwelt Dortmund gGmbH kündigte vor wenigen Tagen (15.5.2025) überraschend an, alle von ihr betriebenen Hallenbäder für den öffentlichen Badebetrieb auf unbestimmte Zeit zu schließen. Dies hat für berechnete Empörung in der Dortmunder Stadtgesellschaft gesorgt, da auf einen Schlag ein Drittel der Dortmunder Hallenbäder für private Schwimmkurse und öffentliches Schwimmen wegfallen. Wir haben mit einem [Dringlichkeitsantrag](#) dafür gesorgt, dass die Sportwelt Dortmund endlich wieder auf die offizielle Agenda der politischen Gremien kommt.

Vor zwei Jahren hatte die Stadt schon einmal die Reißleine gezogen und den Betriebsführungsvertrag mit der Sportwelt Dortmund gGmbH über die Hallenbäder in Brackel, Hombruch, Lütgendortmund und Mengede sowie die Freibäder Froschloch, Volkspark und Wellinghofen gekündigt. Die Kündigung wurde kurze Zeit später wieder zurückgenommen, weil ein Umbau der Führungsmannschaft der Sportwelt Dortmund gGmbH und der Einstieg des StadtSportBundes in den Gesellschafterkreis begründeten Anlass für die Hoffnung gab, den Bäderbetrieb in die richtigen Bahnen lenken zu können. Seitdem sind im Hintergrund zwar viele Gespräche geführt worden. Bewegt hat sich aber nichts. Unsere Hoffnungen auf einen erfolgreichen Neustart der Sportwelt Dortmund haben sich den letzten beiden Jahren nicht erfüllt. Die überraschende Schließung der Hallenbäder markiert einen neuen Tiefpunkt.

Deshalb war es uns wichtig, dass Thema aus dem Hintergrund zu holen und noch in dieser Ratssitzung auf die Tagesordnung zu bringen, um schnellstmöglich zu einer Lösung für die Wiederaufnahme des öffentlichen Schwimmbetriebs in den Hallenbädern Brackel, Hombruch, Lütgendortmund und Mengede zu gelangen. Wie von uns gefordert, werden dem Sportausschuss außerdem bereits zu seiner nächsten Sitzung am 10. Juni 2025 alternative Betriebsführungskonzepte für die aktuell von der Sportwelt Dortmund gGmbH betriebenen Hallen- und Freibäder vorgeschlagen. Warum die SPD-Fraktion bei der Abstimmung über die Frage der Dringlichkeit des Themas nicht zugestimmt, sondern sich „enthalten“ hat, bleibt uns weiterhin unklar.

Unser Ziel ist klar: Dortmund braucht ein zuverlässiges und funktionierendes Bäderangebot. Wenn ein Vertragspartner diese Verantwortung nicht erfüllt, muss die Stadt handlungsfähig bleiben.

→ [Wortbeiträge des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jendrik Suck \(Minute 6:15 und Minute 2:49:00\)](#)

## **CDU-Fraktion unterstützt stadtweites Carsharing-Konzept**

Die CDU-Fraktion hat in der Ratssitzung gemeinsam mit der Mehrheit der Ratsmitglieder [die Umsetzung der zweiten Stufe des stadtweiten Carsharing-Konzepts](#) beschlossen. Damit setzt Dortmund den eingeschlagenen Weg fort, den innerstädtischen Verkehr nachhaltiger und innovativer zu gestalten.

Seit dem Start der ersten Stufe im Jahr 2021 konnten wichtige Erfahrungen zur Einrichtung und zum Betrieb von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum gesammelt werden. Mit dem damaligen Einstiegskonzept wurden zunächst zwölf Carsharing-Standorte in zentralen Stadtteilen wie der City, dem Kreuzviertel und Hörde eingerichtet, um den Parkdruck in dicht besiedelten Quartieren zu reduzieren.

Die zweite Stufe sieht nun eine flächendeckende Ausweitung des Angebots auf das gesamte Stadtgebiet vor. Gleichzeitig wird die Verzahnung der Carsharing-Standorte mit der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge intensiviert, um auch die Elektromobilität zu fördern.

Die Umsetzung und Ausschreibung des Konzepts beginnen nun unmittelbar. Die Einrichtung und Nutzung der Stellplätze sind ab dem ersten Quartal 2026 geplant.

Die CDU-Fraktion unterstützt dieses Konzept, da Carsharing nicht nur einen Beitrag zu fortschrittlicher und innovativer Mobilität leistet, sondern auch die Lebensqualität in den Stadtteilen erhöht.

## **Ratsmehrheit beschließt Tempo 30 auf weiteren wichtigen Dortmunder Hauptstraßen - CDU-Antrag für Tempo 40 wird abgelehnt**

Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 13. Februar 2025 den aktuellen Lärmaktionsplan der Stadt Dortmund beschlossen. Im Rahmen der EG-Umgebungs-lärmrichtlinie sind Ballungsräume dazu verpflichtet, im 5-jährigen Turnus Lärmkartierungen durchzuführen und darauf aufbauend Lärmaktionspläne zu erstellen.

Eine Hauptlärmquelle ist der Straßenverkehr, weshalb der Lärmaktionsplan als eine zentrale Maßnahme die Umsetzung von Geschwindigkeitsreduzierungen an Straßenabschnitten in kommunaler Baulast vorsieht.

Dazu lag uns jetzt die [Gesamtdarstellung des Geschwindigkeitskonzepts für das Dortmunder Straßennetz](#) vor. Wir haben uns mit den vorgeschlagenen Geschwindigkeitsreduzierungen auf wichtigen Hauptverkehrsachsen unserer Stadt kritisch auseinandergesetzt und nicht allen vorgeschlagenen Maßnahmen zugestimmt. Bei der Beschlussfassung des Lärmaktionsplanes hatten wir uns dies ausdrücklich vorbehalten.

Im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün (AMIG) brachte die CDU-Fraktion einen [Ergänzungsantrag](#) ein, der eine Änderung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Geschwindigkeitsregelungen auf sechs zentralen Straßenabschnitten vorsah. Konkret forderte die CDU-Fraktion Tempo 40 statt der von der Verwaltung

vorgeschlagenen Tempo 30 auf folgenden Streckenabschnitten: Hoher Wall (ganztägig), Heiliger Weg zwischen Märkischer Straße und Kaiserstraße (ganztägig), Hohe Straße zwischen Wallring und 50 Meter südlich der Hopfenstraße (6–24 Uhr), Märkische Straße zwischen B1 und Küpferstraße (6–24 Uhr), Möllerstraße/Lindemannstraße zwischen Rheinischer Straße und Wittekindstraße (6–24 Uhr) sowie Rheinische Straße 12–108 zwischen Wallring und Paulinenstraße (6–24 Uhr). Dieser Antrag fand im AMIG keine Mehrheit, da die anderen Fraktionen eine Tempo-30-Regelung auf den genannten Straßen für sinnvoller erachteten. Im Rat haben wir ausdrücklich zu Protokoll gegeben, dass wir die von der Ratsmehrheit gewollte Temporeduzierung auf 30 km/h auf den genannten zentralen Straßenabschnitten im Interesse des Verkehrsflusses ablehnen. Die von uns favorisierte Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 40 wäre allen Zielsetzungen gleichermaßen gerecht geworden: Spürbare Lärminderung, verbesserte Verkehrssicherheit und weiterhin gewährleisteter Verkehrsfluss.

### **CDU lehnt Theaterneubau ab: „Nicht die Zeit für solche teure Prestigeprojekte“**

Wir haben den von der Verwaltung vorgelegten Planungsbeschluss zu Abriss und Neubau des Schauspielhauses deutlich abgelehnt. Für uns passt der Neubau des Schauspielhauses angesichts einer sich dramatisch verschlechterten Haushaltssituation, steigenden Sozialausgaben und immensen Investitionsstaus in allen Bereichen der Daseinsvorsorge schlichtweg nicht mehr in die Zeit. Nach ersten Zahlen der Kämmererei für das Haushaltsjahr 2025 könnte sich das ohnehin schon gigantische, eingeplante Haushaltsdefizit von rd. 335 Mio. Euro noch einmal um rd. 51 Mio. Euro verschlechtern. Wir halten es unverantwortlich in Zeiten klammer Kassen, derart weitreichende und teure Projekte auf den Weg zu bringen, die am Ende nur ein relativ überschaubares Publikum erreichen. Zudem bleibt die Verwaltungsvorlage jede Einschätzung zu den aktuellen Kosten für Abriss und Neubau des Schauspielhauses schuldig. Nach einer mehr als zwei Jahre alten Machbarkeitsstudie zur Frage der Sanierung oder des Neubaus dürften die Kosten für einen Neubau des Schauspielhauses inzwischen bei wenigstens 114 Mio. Euro liegen.

Uns stört, dass auch in der Ratssitzung der Eindruck erweckt wurde, man entscheide lediglich über einen Planungsauftrag – doch de facto wurde mit dem mit den Stimmen von SPD und Grünen ein Grundsatzbeschluss für ein architektonisches Großprojekt mit voraussichtlich dreistelligen Millionenkosten gefasst. Der städtische Haushaltsplan weist für die nächsten Jahre bis 2029 Haushaltsdefizite in einer Summe von fast 700 Mio. Euro aus. Angesichts dieser angespannten Haushaltssituation ist es für uns unumgänglich, nach Priorität zu handeln. Diese sehen wir angesichts klammer Kassen nicht beim Schauspielhaus!

Dies ist, und das haben wir auch im Rat deutlich gemacht, kein Angriff auf die Kultur in unserer Stadt. Für den Kulturbereich haben wir in dieser Wahlperiode mit dem Neubau der Jungen Bühne für das Kinder- und Jugendtheater, für die Junge Oper und das Junge Ballett sowie mit dem Neubau eines Zentraldepots für die Museen der Dortmunder Kulturbetriebe bereits Investitionen mit einem Volumen von fast 120 Mio. Euro auf den Weg gebracht.

Wir können die Haushaltsmittel der Stadt nur einmal ausgeben. Wir müssen in Schulen, Kitas, Straßen, in das Klinikum, in Sport- und Kulturstätten und vieles andere mehr investieren. Alles auf einmal geht nicht. Deshalb müssen wir Prioritäten setzen und können nicht alles umsetzen, was wir uns wünschen.

→ [Wortbeitrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jendrik Suck \(ab Minute 1:34:10\)](#)

## **CDU fordert Videobeobachtung am Bahnhof Hörde zur Erhöhung der Sicherheit**

Die CDU-Fraktion im Ausschuss für öffentliche Ordnung hat sich in der letzten Sitzung dafür eingesetzt, die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl im Bereich des Bahnhofs Hörde und der dortigen Stadtbahnanlage in Zusammenarbeit mit DSW21 und der Deutschen Bahn spürbar zu stärken, indem an unübersichtlichen und dunklen Stellen die Videobeobachtung verbessert wird.

Die Maßnahme sollte Teil einer umfassenden Strategie zur Verbesserung der Lage am Hörder Bahnhof sein, der sich in den vergangenen Jahren zu einem regelrechten „Angstraum“ entwickelt hat. Immer wieder ist das Areal rund um den Hörder Bahnhof mit Messerstechereien, mit Raub und Erpressung in die Schlagzeilen geraten. Jugendbanden, die den Eingang zum Stadtbahntunnel als informellen Treffpunkt nutzen, haben ein solch massives Auftreten, dass sie bei vielen Passanten ein Gefühl der Unsicherheit auslösen. Zum gefühlt gefährlichen Ort wird der Hörder Bahnhof auch durch die baulichen Gegebenheiten. Die dunklen Tunnelanlagen zur U-Bahn und Zügen beschleichen einen mit dem unwohligen Gefühl, dass hier Straftaten begünstigt werden.

Bundesweit sind laut Bundesministerium des Innern über 11.000 Kameras an rund 750 Bahnhöfen im Einsatz – mit nachweisbarer Wirkung auf Prävention und Aufklärung von Straftaten.

Der Bahnhof Hörde ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt im Dortmunder Süden – mit Anschluss an Stadtbahn und Busbahnhof. Für die CDU ist es nicht hinnehmbar, dass sich an einem solch wichtigen Ort über Jahre ein Angstraum verfestigt hat. Eine gezielte Videobeobachtung hätte hier ein deutliches Signal setzen können, dass der Bahnhof sei kein rechtsfreier Raum.

Unser Anliegen soll an den runden Tisch zum „Thema Hörder Bahnhof“ weitergegeben werden. Wir würden uns freuen, wenn die von uns angeregten Nachbesserungen bei der Videobeobachtung im Hörder Bahnhof sowie in der angeschlossenen Stadtbahnanlage von DSW21 und Deutscher Bahn aufgegriffen würden.

## **CDU fordert erste Bilanz zur Cannabis-Legalisierung in Dortmund**

Die CDU-Fraktion hat im letzten Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden eine umfassende [Anfrage an die Stadtverwaltung](#) gestellt, um eine erste Bilanz der Cannabis-Legalisierung vor Ort zu ziehen. Ziel ist es, Erkenntnisse über die Auswirkungen des neuen Gesetzes auf Verwaltung, Sicherheit, Gesundheit und Prävention zu erhalten.

Seit Inkrafttreten des Cannabisgesetzes ist es notwendig, die praktischen Konsequenzen genau zu analysieren. Deshalb wollen wir um eine detaillierte Darstellung der bisherigen Erfahrungen, die die Stadtverwaltung im Umgang mit der neuen Rechtslage gemacht hat.

Im Zentrum der Anfrage standen unter anderem Fragen nach Veränderungen in Verwaltungsabläufen, Herausforderungen bei der Umsetzung sowie der Zusammenarbeit mit anderen Behörden wie Polizei, Gesundheitsamt oder Zoll. Auch interessiert die CDU, welche Maßnahmen zur Kontrolle des legalen Handels bereits umgesetzt wurden und ob es Probleme bei der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gab.

Ein weiterer Fokus liegt auf den Bereichen Prävention und Aufklärung: Welche Initiativen wurden gestartet, um insbesondere junge Menschen zu informieren und zu sensibilisieren? Und wie wurde die Öffentlichkeit insgesamt über die Neuerungen aufgeklärt?

Darüber hinaus wollte die CDU wissen, ob sich seit der Legalisierung Veränderungen in der Drogenkriminalität oder bei gesundheitlichen Folgen beobachten lassen. Gibt es bereits erste Auswertungen oder Zwischenberichte?

Der CDU geht es um eine faktenbasierte Bewertung der bisherigen Entwicklung. Nur so kann verantwortungsvoll auf etwaige Probleme reagiert und positive Effekte gezielt gestärkt werden.

## Neubau des Giraffenbullenstalls im Dortmunder Zoo: Rot-Grün gegen den von uns geforderten Kostendeckel

Der Dortmunder Zoo plant derzeit den Bau eines neuen Giraffenbullenstalls, um den Tieren optimale Lebensbedingungen zu bieten und die Tierhaltung weiter zu verbessern. Der Baubeschluss dazu lag dem Rat vor. Dieses Projekt ist ein wichtiger Schritt, um die Tierwelt im Zoo nachhaltig zu fördern und den Besuchern ein beeindruckendes Erlebnis zu ermöglichen.

Ein Blick auf andere Bauprojekte im Zoo, wie beispielsweise die Robbenanlage, zeigt, dass unvorhergesehene Probleme auftreten und die geplanten Baukosten schnell aus dem Ruder laufen können.

Daher hatte die CDU sich jetzt beim Neubau des Giraffenbullenstalls dafür ausgesprochen, dass eine strenge Kostenkontrolle eingerichtet und ein sog. Kostendeckel eingesetzt wird.

So wird während der gesamten Ausführungsplanung und Bauphase eine laufende Kostenüberwachung durchgeführt, um etwaige Mehrkosten frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Ziel ist es, das Projekt im Rahmen des vorgegebenen Budgets zu realisieren und gleichzeitig die hohen Standards für die Tierhaltung zu gewährleisten.

Den von uns geforderten Kostendeckel von 4,733 Millionen Euro, bei dem wir uns an die vom Planungsbüro ermittelten Gesamtkosten unter Berücksichtigung eines 10%igen Risikozuschlags orientiert haben, konnten wir indes nicht durchsetzen. Mit der strikten Begrenzung der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel wollten wir die Einhaltung des Budgets sicherstellen und von vornherein ausschließen, dass sich beim Neubau des Giraffenbullenstalls die Kosten in ähnlicher Weise davonlaufen, wie es bei der Robbenanlage leider der Fall war. Die Robbenanlage sollte ursprünglich 12,4 Mio. Euro kosten. Inzwischen musste das Budget mit zwei Kostenerhöhungsbeschlüssen auf 16 Mio. Euro erhöht werden. Der Antrag zur Kostendeckelung fand leider keine Mehrheit und wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

→ [Wortbeitrag von Bürgermeisterin Ute Mais \(ab Minute 2:05:00\)](#)

## Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr

Die Erzählung der Olympischen Sommerspiele in Paris mit ihrer großartigen Choreografie ist uns allen in Erinnerung geblieben. Wäre es nicht toll, die größten Sportveranstaltungen der Welt in die Region Rhein-Ruhr zu holen? Wir meinen: Ja! Deshalb haben wir der Verwaltung grünes Licht dafür gegeben, eine [Bewerbung der Region Rhein-Ruhr](#) positiv zu begleiten und vorzubereiten. Zugleich haben wir aber deutlich gemacht, dass wir einen möglicherweise an Fahrt aufnehmenden Bewerbungsprozess kritisch begleiten werden. Bei allen positiven Effekten, die wir in einer Olympiabewerbung sehen, werden wir darauf achten, dass wir uns nicht überfordern.

Wir sehen in der Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele eine große Chance für Dortmund und die Region. Es geht nicht nur darum, sich der Welt zu präsentieren. Wir sind überzeugt, dass die Ausrichtung Olympischer Spiele sich als Katalysator für viele Themen wie z. B. moderne, vernetzte Mobilität oder Digitalisierung auswirken wird. Dortmund ist eine vielfältige Sportstadt. Olympische Spiele in unserer Stadt, in unserer Region wären das i-Tüpfelchen! Andere Bereiche, wie zum Beispiel der Kita-Ausbau oder Bau und die Sanierung von Schulen dürfen aber nicht unter der Fokussierung auf die Ausrichtung Olympischer Spiele leiden.

Erst einmal geht es aber um keinerlei finanzielle Verpflichtung. Bis zum 31. Mai 2025 muss die Region Ruhr ihr Bewerbungskonzept beim DOSB einreichen, der dieses dann rein sportfachlich bewerten wird.

→ [Wortbeitrag der sportpolitischen Sprecherin der CDU, Bürgermeisterin Ute Mais \(ab Minute 2:42:40\)](#)

## Städtepartnerschaft Dortmund und Schytomyr (Ukraine)

Der Rat der hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, mit der ukrainischen Stadt Schytomyr eine Städtepartnerschaft einzugehen. Wir haben den [Ratsbeschluss](#) mitgetragen. Schytomyr ist eine Stadt mit rund 260.000 Einwohnern, zentral gelegen in der Ukraine, Verkehrsknotenpunkt und liegt ca. 130 km westlich von Kiew. Schytomyr ist Verwaltungssitz der gleichnamigen Region (Oblast) und ein wichtiger Industrie- (überwiegend verarbeitende Industrie und Lebensmittel), Bildungs- (u.a. neun Hochschulen mit ca. 28.000 Studierenden (vor dem Krieg)) und Kulturstandort (Musik- und Kunstschulen, zwei staatliche Theater, zehn Museen etc.).

→ [Wortbeitrag von RM Manfred Sauer \(ab Minute 3:18:15\)](#)

## Zielbilder Stadtstrategie

Ende 2022 hat der Rat der Stadt Dortmund die Verwaltung beauftragt, unter Beteiligung von Politik, Institutionen und Stadtgesellschaft eine „Stadtstrategie“ zu entwickeln. Die Entwicklung der Stadtstrategie ist als „Dortmunder Stadtgespräch“ in einem mehrstufigen Dialogprozess angelegt, der von Ausgangsbildern über Zielbilder zu konkreten Maßnahmen führen soll. Jetzt hatte der Rat über die Zielbilder zu entscheiden, die Grundlage für die Erarbeitung von Maßnahmen sein sollen. Wir haben uns bei der Abstimmung enthalten. Die Verwaltung hat dem Rat zwölf Zielbilder zur Beschlussfassung vorgelegt. Leitmotiv für die erarbeiteten Zielbilder war der Titel „Dortmund – Wie wir es wollen“. Die Zielbilder sollen das strategische Dach der Dortmunder Stadtentwicklung bilden und einen übergeordneten Rahmen schaffen, der die nächsten Jahre Bestand haben soll. Sie sollen die großen Zukunftsaufgaben der Stadt aus Sicht der Dortmunderinnen und Dortmunder beschreiben und sich auf die zentralen Herausforderungen sowie die Alltagsbedürfnisse der Menschen beziehen. Dazu gehören für uns insbesondere auch die Themen „Wirtschaft“ sowie „Sicherheit und Sauberkeit“, die nach unserer Meinung aber in der [Vorlage der Verwaltung](#) zu wenig Berücksichtigung finden. Deshalb haben wir uns mit einem [Antrag für die Ergänzung der Zielbilder](#)

- Dortmund empfiehlt sich als attraktiver Standort für die Wirtschaft und
- In Dortmund sind Sicherheit und Sauberkeit als Grundlage hoher Lebensqualität eine Selbstverständlichkeit

eingesetzt. Eine Ratsmehrheit blickt anders darauf und hat unseren Antrag abgelehnt. Die Zielbilder sind so für uns nicht komplett, sodass wir uns bei der Abstimmung konsequenterweise enthalten haben.

## CDU-Fraktion stimmt zu: Neues Corporate-Design stärkt Dortmunds Stadtmarke

Der Rat der Stadt Dortmund hat mit den Stimmen der CDU-Fraktion ein neues [Corporate-Design-Handbuch für die Stadtverwaltung](#) beschlossen. Das Regelwerk ist ab sofort verbindlich und gibt vor, wie die Dortmunder Stadtverwaltung in allen Kommunikations- und Marketingmaßnahmen visuell auftritt – von offiziellen Dokumenten bis hin zu digitalen Medien.

Hintergrund des Beschlusses ist ein Markenbildungsprozess, den die Stadtverwaltung im Mai 2024 angestoßen hat. Ziel ist es, Dortmund als eigenständige Stadtmarke zu stärken. Das bereits im Februar 2025, ebenfalls mit Zustimmung der CDU-Fraktion, verabschiedete Design-Rahmenkonzept bildet die Grundlage für das neue Handbuch.

Ein einheitliches Erscheinungsbild soll die Identität Dortmunds sichtbarer machen, Vertrauen in die Stadtverwaltung fördern und die Orientierung in der städtischen Kommunikation erleichtern. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt beim Fachbereich Marketing und Kommunikation.

Die Einführung des neuen Designs erfolgt ohne zusätzliche finanzielle Belastung. Bestehende Budgets reichen aus, um zentrale Projekte mit Priorität umzusetzen.

## **CDU-Fraktion begrüßt Einstellung von Nachwuchskräften bei der Stadtverwaltung**

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund begrüßt ausdrücklich die geplante [Einstellung von 393 Nachwuchskräften für das Haushaltsjahr 2026](#) und unterstützt den entsprechenden Beschluss in den politischen Gremien.

Aus Sicht der Christdemokraten wird damit eine Grundlage geschaffen, um dem Fachkräftemangel, den Folgen des demografischen Wandels sowie den steigenden Anforderungen an die Stadtverwaltung zu begegnen. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass die Ausbildungskapazitäten nahezu vollständig ausgeschöpft werden und neue Studiengänge – etwa in den Bereichen Digitalisierung und Bauingenieurwesen – angeboten werden. Auch den Ausbau von Quereinsteigerprogrammen sieht die CDU-Fraktion als sinnvollen Beitrag zur Personalgewinnung.

Nachwuchsausbildung verstehen die CDU-Ratsmitglieder nicht nur als Maßnahme zur Sicherung des Personalbedarfs, sondern auch als Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung: Junge Menschen erhalten berufliche Perspektiven und Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung. Die Stadt geht hierbei neue Wege, indem sie gezielt unterschiedliche Zielgruppen anspricht – gerade auch im Jahr ohne G8-Abiturjahrgang – und somit für eine ausreichende Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern sorgt.

Die CDU-Fraktion wird sich weiterhin mit Nachdruck für eine starke Nachwuchsförderung einsetzen – zur Sicherung einer leistungsfähigen Stadtverwaltung und zur Stärkung Dortmunds als attraktiven Ausbildungsstandort.